



LANDESMUSIKRAT  
BERLIN

## PRESSEMITTEILUNG

### Musikschulen auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses am 13.9.2012

#### Der Runde Tisch Musikalische Bildung beim Landesmusikrat behandelt am 14.9.2012 Masterplan Musikschule

Der Landesmusikrat begrüßt die Initiative der Oppositionsparteien, mit einem gemeinsamen Antrag im Abgeordnetenhaus die Berliner Musikschule(n) und ihre Probleme auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen (Drucksache 17/0449). Damit kann endlich mit der **Umsetzung der Vorschläge des Kommissionsberichts** begonnen werden, den der damalige Senator Prof. Dr. Zöllner 2008 für die VHS und Musikschulen in Auftrag gegeben hat. Seit Juli 2009 liegen die Ergebnisse vor, doch handelte der Senat seitdem nicht.

„Dass die Problematik der Musikschulen nun im Plenum des Abgeordnetenhauses verhandelt wird, ist eine Anerkennung für die engagierte Arbeit von rund 2.000 Musikschullehrkräften, von denen mehr als 90 % als Honorarkräfte ohne soziale Absicherung bei prekärer Bezahlung arbeiten. Wir erwarten, dass die Koalitionsparteien im Interesse der Musikalischen Bildung der nachwachsenden Generation sich konstruktiv zu dem Antrag stellen und auf parteipolitisches Gezänk verzichten“, erklärt dazu Dr. Hubert Kolland, Präsident des Landesmusikrats Berlin.

Über 10.000 Interessenten befinden sich auf den Anmelde Listen der Musikschulen (bei derzeit rund 44.000 Schülerinnen und Schülern) und müssen teilweise 2 Jahre auf einen Platz warten. Der Landesmusikrat fordert, diese Unterversorgung umgehend aufzuheben und die Unterschiede zwischen den Bezirken in gesamtstädtischer Perspektive auszugleichen.

Der vom Landesmusikrat ins Leben gerufene **Runde Tisch Musikalische Bildung**, an dem die musikalischen Fachleute und die Vertreter aller Fraktionen des Abgeordnetenhauses zusammenkommen, wird deshalb am 14.9. den seit Mai erarbeiteten Vorschlag zum **Masterplan Musikschule** behandeln. Dieser basiert auf den vom Runden Tisch einhellig beschlossenen vier Grundprinzipien in der Resolution „Zur Zukunft der Musikschule“ und beinhaltet ein gesamtstädtisches Konzept, mit dem u.a. eine deutliche Verbesserung der Steuerbarkeit der Musikschulen und die gleichberechtigte und nachhaltige Kooperation der Musikschulen mit den allgemein bildenden Schulen erreicht werden sollen.

„Der Senat darf das Schicksal der Musikschulen nicht den unterfinanzierten Bezirken überlassen. Er muss seiner Verantwortung für das Land Berlin insgesamt gerecht werden, denn notwendig ist eine strukturell und finanziell vom Senat gestützte gesamtstädtische Lösung.“

Berlin, 12. September 2012